02.07.2013

Antrag

der Fraktion der CDU

60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – 50 Jahre Gerhart-Hauptmann-Haus Erinnern an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation

Der Landtag stellt fest:

I 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Vor 60 Jahren, am 25. März 1953, hat der erste Deutsche Bundestag das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz / BVFG) beschlossen, das am 5. Juni desselben Jahres in Kraft trat. Das BVFG stellt seitdem eine der tragenden gesetzlichen Grundlagen für die Rechte der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler dar.

Unser 1946 gegründete Bundesland Nordrhein-Westfalen nannte man in den 1950er Jahren auch „Flüchtlingsland der Bundesrepublik“. Im Vergleich zu anderen Bundesländern lebten hier die meisten Vertriebenen aus den ehemals deutschen Ostgebieten (etwa 2,4 Mio.) sowie Flüchtlinge bzw. Zuwanderer aus der DDR.

Bereits im Jahre 1949 war jeder neunte Bergmann in den Zechen unseres Bundeslandes ein Vertriebener. 1953 waren 12,1 % der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens Flüchtlinge und Vertriebene, 8 Jahre später 1961 stieg der Prozentsatz auf 14,5 %. Über ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens hat seine Wurzeln in den ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern.

Obwohl der Zuzug von deutschstämmigen Spätaussiedlern in den letzten Jahren nahezu vollständig versiegt ist, wollen wir anerkennen, dass Nordrhein-Westfalen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 allein in den folgenden 20 Jahren 650.000 Spätaussiedler aufgenommen und reibungslos in das Wirtschafts- und Sozialgefüge seiner Kommunen integriert hat.

Datum des Originals: 02.07.2013/Ausgegeben: 02.07.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Das Anliegen und die Leistungen des BVFG sind Teil der Politik der Kriegsfolgenbewältigung durch die Bundes- und Landesebene in Deutschland. Zur Kriegsfolgenbewältigung gehört die Aufarbeitung des Holocausts. Die Folgen der Nazi-Gewaltherrschaft sowie des Zweiten Weltkrieges, waren für Bund und Länder in Deutschland stets ein zentrales Anliegen. Von übergeordneter Bedeutung ist die Versöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und des von Hitler-Deutschland entfesselten Aggressionskrieges. Daneben steht die Solidarität mit den Deutschen, die allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal erlitten haben.

Eingelöst wurde und wird diese Solidarität u. a.

- durch Hilfen auf der Grundlage des BVFG bei der Eingliederung von 12 Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen,
- durch die Aufnahme und Integration von bisher etwa 4,5 Millionen Aussiedlern und Spätaussiedlern aus den Staaten Ost-, Südost- und Mitteleuropas sowie aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion,
- durch die Unterstützung und Förderung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsstaaten der Aussiedler sowie durch Sicherstellung des Erhalts und der Pflege des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96 BVFG.

Betrachtet man die Entwicklung des BVFG, lässt sich feststellen, dass es zusammen mit dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) von 1952 ein herausragendes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte ist. Und auch und gerade für Nordrhein-Westfalen kann man feststellen: Die Integration von Millionen von Heimatvertriebenen und Aus-siedlern war und ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte.

1. Aufnahme und Integration deutscher Flüchtlinge und Vertriebene

Das BVFG hat nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges einen wichtigen Beitrag zur Friedenskonsolidierung geleistet. Es hat wichtige Voraussetzungen dafür begründet, dass die deutschen Vertriebenen und ihre Verbände aktiv am Wiederaufbau des Landes, an der Schaffung seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung und an der Verständigung mit den Nachbarn im Osten mitwirken konnten. Der Landtag Nordrhein-Westfalen würdigt in diesem Zusammenhang erneut den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau und zum Frieden in Europa.

Für die Volksgruppe der Siebenbürger Sachsen war das wichtigste Ereignis in den Anfangsjahren nach der Flucht und den Entlassungen aus der Kriegsgefangenschaft die Übernahme der Patenschaft durch das Land NRW am 26. Mai 1957 im Düsseldorfer Landtag. Mit der Patenschaft gewannen die Siebenbürger Sachsen einen politischen und geistigen Rückhalt und erfreuten sich in den folgenden

Jahrzehnten als Patenkind großzügiger Förderungen. 1966 wird die heute weltweit größte geschlossene Siebenbürger-Sachsen-Siedlung in Wiehl-Drabenderhöhe eingeweiht. Unter der Regierung von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers und vor allem durch den Einsatz des damaligen Arbeits- und Sozialministers Konrad Grundmann entsteht hier eine Siedlung, in der heute knapp 3.000 Siebenbürger Sachsen aus ca. 200 Ortschaften Siebenbürgens leben. Die Siedlung gilt als Modell für gelungene Integration. Alle bisherigen Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW waren vor Ort und zeigten sich von dem Gemeinschaftssinn und -leben beeindruckt.

Weiterhin hat das Land Nordrhein-Westfalen 1964 die Patenschaft über die Landsmannschaft der Oberschlesier und die in der Bundesrepublik lebenden Oberschlesier übernommen. Das Land förderte von Beginn an die Tätigkeit des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen-Hösel, das 1983 vom damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau eröffnet wurde und in diesen Tagen sein 30-jähriges Jubiläum feierte. Die Patenschaft wurde im Jahr 2000 ergänzt um eine Partnerschaft mit der heutigen ober-schlesischen Woiwodschaft Schlesien.

2. Aufnahme und Integration der (Spät)-Aussiedler

Erst die Entstehung freiheitlicher Staatsordnungen in Mittel- und Osteuropa ermöglichten es der Bundesrepublik Deutschland, den von Kriegsfolgen am nachhaltigsten betroffenen Deutschen angemessene Solidaritätsleistungen zuteilwerden zu lassen.

Die Konsolidierung der Verhältnisse in den Herkunftsstaaten in Verbindung mit der Hilfenpolitik der Bundesregierung hat den Bleibewillen der dort als nationale Minderheiten lebenden Deutschen gestärkt. Aber auch in Zukunft soll das Anliegen vertriebenenrechtlicher Aufnahme und Integration von Deutschen im Sinne des Art. 116 GG und ihrer Familienangehörigen als Einlösung einer historisch-moralischen Verpflichtung des deutschen Staates unvermindert weiter gelten. Das wichtigste Integrationsmotiv der Aussiedler war, ist ihre Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis und ihre Selbstidentifikation als Deutsche. Insgesamt ist die Integration der (Spät-)Aussiedler bisher sehr erfolgreich verlaufen.

Die Spätaussiedler sollen in den Konzepten unserer Willkommenskultur auch künftig spezifisch angesprochen werden. Die Einlösung des Solidarversprechens muss weiterhin möglich bleiben.

3. Unterstützung deutscher Minderheiten in den Herkunftsstaaten und Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa

Auch wenn das BVFG keine Leistungen für die deutschen Minderheiten in den mittel-osteuropäischen Herkunftsstaaten ausdrücklich begründet, haben die Intentionen dieses Gesetzes Anstoß zu beachtlichen Hilfeleistungen gegeben. Motiv unserer Hilfeleistung für die deutschen Minderheiten ist die Verantwortung für den erlittenen

Heimat- und Gemeinschaftsverlust, der häufig mit Repressionen verbunden war. Auch zunehmender Sprach- und Identitätsverlust war eine weitere unmittelbare Auswirkung des Zweiten Weltkrieges und des nationalsozialistischen Unrechtsregimes in Europa. Der Linderung dieser individuellen und kollektiven Folgen der Repressionen galt und gilt das deutsche Engagement, nicht zuletzt auch, um den Bleibewillen der Deutschen zu stärken. Vor dem Hintergrund stark verminderter Aufnahmezahlen gilt die Hilfeleistung jetzt dem Erhalt der gewachsenen Minderheitengemeinschaften im Kontext der europäischen Kulturvielfalt.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen betrachtet die einzelnen Identitäten der deutschen Minderheiten als wichtige kulturelle Brücke zu unseren östlichen Nachbarstaaten. Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sind ein unverändert relevantes Thema und ein zentraler Aspekt unserer Erinnerungskultur. Die Erschließung unserer kulturellen Wurzeln und ihrer Verbindungen zu anderen europäischen Ländern fördert den europäischen Verständigungsprozess und trägt zur Erhaltung eines friedlichen und geeinten Europas bei. Wir sehen daher in den deutschen Minderheiten wichtige Partner in der Verständigung und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn.

Bund und Länder haben nach § 96 BVFG den gemeinsamen Auftrag, das kulturelle Erbe der früheren deutschen Ost- und Siedlungsgebiete zu erforschen, zu bewahren und zu vermitteln.

II 50 Jahre Haus des deutschen Ostens / Gerhart-Hauptmann-Haus

Am 22. Juni 1963 öffnete das Haus des deutschen Ostens in Düsseldorf erstmals seine Pforten. Der Grundstein war am 16. September 1960 auf einem ehemaligen Trümmergrundstück in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegt worden. Die Gründung der Stiftung Haus des deutschen Ostens erfolgte noch früher: ihr lag ein Beschluss der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Ministerpräsident Fritz Steinhoff vom 29. April 1957 zugrunde.

Mit der Eröffnung des Hauses erhielt die Erinnerungsarbeit bezogen auf Kultur und Geschichte des historischen deutschen Ostens, daneben aber auch die Pflege der kulturellen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland inmitten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes einen festen Standort.

Zugleich ist das Haus die älteste und traditionsreichste Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik. Andere, auf der Grundlage des § 96 des BVFG von 1953 aus öffentlichen Mitteln geförderte, vergleichbare Einrichtungen wurden deutlich später geschaffen. Seither, seit 5 Jahrzehnten, ist die Stiftung mit ihrem Haus fester Bestandteil der Bildungs- und Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens im Allgemeinen und Düsseldorfs im Besonderen.

Äußerlich sichtbar wurde der Wandel des Hauses in den letzten 50 Jahren auch in der Namensänderung von 1992: aus dem Haus des deutschen Ostens wurde das Gerhart-Hauptmann-Haus.

III Der Landtag von Nordrhein-Westfalen

1. macht sich grundlegende Aussagen unter I des Antrages des Deutschen Bundestages „60 Jahre Bundesvertriebenengesetz“ (Drs. 17/13883) zu eigen.
2. stellt fest: Die Aufnahme und Integration von Millionen von Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern auf der Basis des seit 60 Jahren geltenden „Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz/BVFG) war und ist – insbesondere in Nordrhein-Westfalen – eine Erfolgsgeschichte, ohne die das „deutsche Wirtschaftswunder“ nicht möglich gewesen wäre;
3. begrüßt die Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes/BVFG durch Beschluss des deutschen Bundestages vom 13. Juni 2013 mit Erleichterungen bei der Familienzusammenführung vom Spätaussiedlern;
4. anerkennt die großartige Leistung des „Haus des Deutschen Ostens / Gerhart-Hauptmann-Haus“ als wertvollen Beitrag zur Erinnerungskultur für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in den Ländern Mittelost-europas;

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

1. gemeinsam mit dem Landtag die seit 1957 bestehende Patenschaft des Landes NRW mit dem Verband der Siebenbürger Sachsen mit Leben und Inhalten zu füllen;
2. zu prüfen, wie die deutschen Minderheiten in den Partnerregionen Schlesien in Polen und Siebenbürger Sachsen in Rumänien, insbesondere bei ihrem Recht und ihrem Bestreben auf Förderung und Pflege der Deutschen Sprache, vor allem in Kindergärten und Schulen unterstützt und gefördert werden können;
3. sich für die Bewahrung und Pflege des kulturellen Erbes der Vertriebenen, Flüchtlinge und (Spät-)Aussiedler sowie der Deutschen im östlichen Europa als Bestandteil des europäischen Kulturerbes einzusetzen;
4. bei offiziellen Reisen von Vertretern der Landesregierung in die ost-, südost- und mitteleuropäischen Staaten Einladungen auch an die Vertreter der jeweiligen Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände aus NRW auszusprechen.

Karl-Josef Laumann
Lutz Lienenkämper
Werner Jostmeier
Ilka von Boeselager
Marie-Luise Fasse
Gregor Golland
Jens Kamieth

und Fraktion